



Bericht der AG 4 „Nachhaltigkeit international: Klima- und Umweltschutz, soziale Standards und Entwicklung vorantreiben“

Die Welt steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen – in Fragen der Wirtschafts- und Finanzentwicklung ebenso wie in der Frage der Belastbarkeit des Planeten. Wenn die heutigen Industriestaaten weiter so wirtschaften wie bisher, bräuchten wir aufgrund des Ressourcenverbrauchs zweieinhalb Erden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die Weltbevölkerung wächst und heute noch nicht entwickelte Länder und ihre Bevölkerung den Wunsch nach einem Leben ohne Hunger und in Würde haben und daher auch Anspruch auf die Nutzung der vorhandenen Ressourcen stellen. Dieser Teil der Erdbevölkerung ist im Durchschnitt deutlich jünger als in den Industriestaaten.

Daher kann Nachhaltigkeit nicht nur aus Sicht der Industriestaaten definiert werden, es ist vielmehr erforderlich, dass weltweit Nachhaltigkeit zum zentralen Leitmotiv wird. Dies kann dann in einer Vielzahl von Fragen bedeuten, dass es unterschiedliche Verantwortlichkeiten entlang der jeweiligen Leistungsfähigkeit gibt und auch die Frage der Geschwindigkeiten und Möglichkeiten für die Entwicklung unterschiedlich festgelegt wird.

Nachhaltigkeit im weiteren Sinne kann nur gelingen, wenn es eine Übereinkunft darüber gibt, was die notwendigen Grundlagen sind. Aus unserer Sicht wird Nachhaltigkeit im internationalen Kontext nur im Zusammenwirken von vier zentralen Prinzipien gelingen: sozialer Verantwortung, ökologischem Gleichgewicht, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und politischer Teilhabe.

Diese vier Prinzipien sollten sich durch alle Überlegungen der internationalen Zusammenarbeit Deutschlands ziehen und für uns Leitmotiv unseres Handelns auf der internationalen Bühne sein. Dabei geht es darum, diesen Prinzipien auch Ordnungsgrundsätze zuzuweisen. Die Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft haben uns erfolgreich gemacht und können als ein Ordnungsprinzip verstanden werden, das die Komponenten der sozia-

len Verantwortung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der politischen Teilhabe beinhaltet. Unser Ziel ist es, den Einzelnen in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich und nachhaltig zu handeln.

Lage

Das Jahr 2014 war das Jahr, in dem der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist. Es war das Jahr, in dem die Weltgemeinschaft beim Ausbruch und der anschließenden Bekämpfung von Ebola in Westafrika versagt hat. Und es war das Jahr, in dem der islamistisch geprägte Terror mit dem Erstarken von IS mit großer Brutalität zurückgekehrt ist.

Die Welt ist aus den Fugen geraten.

Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Diese Menschen flüchten aus ihrer Heimat, weil sie dort keine Zukunft sehen – entweder wegen kriegerischer Auseinandersetzungen, wegen Hunger, politischer Verfolgung, der Folgen des Klimawandels und der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive. Dabei werden sie oft zu Opfern skrupelloser Menschenschlepper, die die Not für ihr Geschäft nutzen. Unsere Wirtschaft und unser Konsum sind bislang noch nicht ausreichend auf die weltweite Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards ausgerichtet, der Lebensstil in den Industrieländern ist nicht nachhaltig. Dadurch tragen wir zu den ansteigenden Flüchtlingsströmen bei, wenn die Menschen in ihren Heimatländern keine menschenwürdige Arbeit finden.

Die Zahl der fragilen Staaten nimmt zu. Die u. a. im arabischen Frühling aufkeimende Hoffnung auf Demokratisierung in einigen Staaten Nordafrikas hat sich zerschlagen. Teilweise haben die Interventionen von außen, wie z. B. in Libyen, zu einem Zusammenbruch der Staatlichkeit geführt. Teilweise sind Kämpfe zwischen unterschiedlichen Ethnien und Glaubensrichtungen nach hoffnungsvoll verlaufenen Befriedungsprozessen wie im Jemen und Südsudan wieder aufgeflammt.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen sind in vielen Ländern der Erde schon heute zu spüren.

Gerade Entwicklungsländer sind in besonderem Masse betroffen. Hier gehen für die Ernährung dringend benötigte Böden durch Erosion und Versteppung verloren, die Niederschläge – soweit es sie gibt – haben sich in Intensität und Häufigkeit verändert. Dies führt häufiger zu Überschwemmungen aufgrund von Starkniederschlägen und zugleich zu weiterem Verlust von nutzbarem Land. Zugleich droht dadurch die Gefahr, dass der Zugang zu Wasser für viele Menschen noch schwieriger wird, als er es heute schon ist.

Die immer deutlicher sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Energie-, die Wasserversorgung und die Ernährungssicherheit als einen Nexus, die auch in Zukunft noch zunehmen, werden zu einer zentralen Herausforderung. Deswegen stellt sich vermehrt die Frage, ob die mögliche Anpassung an die Auswirkungen nicht einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Situation in vielen Regionen der Erde leisten kann.

Der Konflikt in Syrien, der Extremismus und Terrorismus (IS, Boko Haram, Al Shabab Milizen sowie regionale Gruppen in Afrika), der scheinbar nicht auflösbare Konflikt im Nahen Osten zwischen Israelis und Palästinensern, das wieder aufkommende Denken in Einflussphären in Europa und der Konflikt in der Ukraine, haben unterschiedliche Auslöser, aber allen gemein ist, dass sie zeitgleich stattfinden, komplex sind und die Übernahme von Führung unter Einbeziehung von Beteiligten und Nachbarn erfordern. Sie sind Beweis dafür, dass die Welt polyzentrischer geworden ist und dass die Lösung der Konflikte auch im ureigenen Interesse Deutschlands und Europas ist. Die Krisen haben großen Einfluss auf Europa – sei es wegen der wachsenden Flüchtlingsströme oder wegen der Auswirkungen auf Wirtschafts- und Finanzbeziehungen.

Wir sind der Auffassung, dass Nachhaltigkeit als Grundgedanke einen Teil zur Lösung beisteuern kann. Wie kann dies gelingen?

Grundsätze und Ziele:

Für uns als Union gibt es Grundsätze, die handlungsleitend für unsere Positionierung sind. Diese Grundsätze sind es auch, die uns in der Frage der internationalen nachhaltigen Entwicklung leiten.

1. Menschenrechte, Frieden, Sicherheit

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde des Einzelnen ist Grundlage für die Menschenrechte. Neben den Persönlichkeitsrechten mit dem Anspruch auf Leben und körperliche Unversehrtheit, den Freiheitsrechten mit dem Recht auf Freiheit, Eigentum und Sicherheit der Person ist es wichtig, dass jeder Einzelne seine Rechte geltend machen, einfordern und ausüben kann. Die Rechte stehen jedem einzelnen Menschen zu, unabhängig von Herkunft, Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Anschauungen.

Es ist Aufgabe des Staates, die Grundrechte zu gewähren. Wo diese Rechte nicht gewährt werden, kann es keinen Frieden geben. Und wenn es keinen Frieden gibt, kann es keine Sicherheit geben. Und Sicherheit ist die Voraussetzung für Entwicklung, da sie ohne Sicherheit ständig gefährdet wäre. Keine Entwicklung ohne Sicherheit und keine Sicherheit ohne Entwicklung. Daher ist es für uns von grundlegender Bedeutung, dass Möglichkeiten geschaffen werden für Frieden, Sicherheit und Entwicklung, die sich gegenseitig bedingen. Nur so kann überhaupt eine nachhaltige Entwicklung stattfinden.

2. Rechtsstaatlichkeit als Leitmotiv der Regierungsführung

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind für uns die Grundlage einer erfolgreichen Regierungsführung und damit Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Das Recht auf politische Teilhabe und die Beteiligung an freien und fairen Wahlen, klare rechtliche Rahmenbedingungen für das Verwaltungshandeln, die Gewährleistung von Rechtsschutz für die Bevölkerung und die Wirtschaft, das Recht auf Eigentum und dessen Schutz vor willkürlichen Eingriffen, das Recht auf faire Verfahren und Verteidigung sowie die Bekämpfung der Korruption sind erforderlich, damit eine Entwicklung auf Grundlage der Nachhaltigkeit möglich ist.

3. Soziale und ökologische Marktwirtschaft als Grundlage des nachhaltigen Wirtschaftens im Sinne eines Ordnungsprinzips

Die soziale und ökologische Marktwirtschaft ist ein Ordnungsprinzip, das die Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes legen kann. Zu diesem Prinzip gehören Subsidiarität und Eigenverantwortung, für deren Ausübung

dezentrale Strukturen Voraussetzung sind. Dabei ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft gerade nicht auf ein unbegrenztes Wachstum ausgerichtet, vielmehr geht es darum, in Aushandlungsprozessen zwischen den einzelnen Parteien und unterschiedlichen Interessen zu einer Lösung zu kommen, die qualitatives Wachstum ermöglicht, das nicht auf Kosten anderer geht.

Die weltweite Anwendung der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft würde schnell die unterschiedlichen Interessen in den Aushandlungsprozessen verdeutlichen und die damit verbundenen, eigentlich unauflösbaren Wechselwirkungen aufzeigen. Heute bleiben diese Wechselwirkungen häufig in der Frage verborgen, wie sich Entscheidungen der Industriestaaten auf die Entwicklungs- und Schwellenländer auswirken, und führen so in den globalen Verhandlungsprozessen zu immer neuen Diskussionen und Scheinlösungen.

4. Sicherung der ökologischen Vielfalt und Bewahrung der Schöpfung

Die Bewahrung der Schöpfung – verstanden als verantwortungsvoller Umgang mit der Natur – ist für uns Leitmotiv. Unser Ziel ist es, die Erde den nachfolgenden Generationen in einem guten Zustand zu überlassen. Dazu gehört es, die auf der Welt vorhandene reichhaltige Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und zu erhalten und ihre Lebensräume zu sichern. Es bedarf des Grundkonsenses, dass es auch Bereiche gibt, in die der Mensch nicht eingreift. Wir wollen im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften. Das gilt in erster Linie für die Land- und Forstwirtschaft, aber zunehmend stellen wir fest, dass wir in Technik und Medizin von der Natur lernen und diese verantwortlich nutzen können. Die Erkenntnisse der Bionik und die Nutzung von Grundstoffen im Gesundheitsbereich, insbesondere der Pharmazie, sind hier nur stellvertretend genannt.

Themenschwerpunkte mit Forderungen

Das Jahr 2015 ist ein Jahr, in dem viele internationale Prozesse zu einem Ergebnis geführt werden sollen.

Im Juli soll auf der großen Finanzierungskonferenz in Addis Abeba die Grundlage für die Entwicklungsfinanzierung der nächsten Dekade gelegt werden. Der Erfolg dieser Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein. Deutschland hat durch die Ankündigung der Aufsto-

ckung seiner Gelder für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 ein klares Bekenntnis seiner Verantwortung abgegeben.

Im September sollen in New York die seit der Konferenz „Rio plus 20“ 2012 erarbeiteten Sustainable Development Goals (SDG) verabschiedet werden. Hierbei sollen die Entwicklungsziele mit den Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen zu einem einheitlichen Rahmen zusammengefasst und als für alle – Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer – gültige Ziele verabschiedet werden. Die Verabschiedung der 17 Ziele, die universal sind, für alle Anwendung finden und den Gedanken der globalen Partnerschaft beinhalten, wäre vor dem Hintergrund der langen Diskussionen seit dem ersten Rio-Gipfel 1992 sowie der Debatte über die Entstehung und Fortschreibung der Millennium Development Goals (MDGs) ein großer Schritt nach vorne für die weltweite nachhaltige Entwicklung.

Im Dezember 2015 steht in Paris die nächste Runde der Verhandlungen über einen neuen Klimavertrag an. Der Zeitkorridor für die Vereinbarung von festen Zielen, Maßnahmen und Verpflichtungen einzelner Länder wird immer enger, um das gemeinsame Ziel, die Erderwärmung bis 2100 auf zwei Grad zu begrenzen, noch erreichen zu können.

1. Welche Rolle kann Deutschland spielen?

Deutschland hat in der Welt ein hohes Ansehen als ein fairer Mittler zwischen unterschiedlichen Interessen. Zudem ist Deutschland in diesem international so wichtigen Jahr Vorsitzland der G7-Staaten und kann daher im Rahmen des Gipfels in Elmau, aber auch in den Beratungen danach eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Verhandlungen spielen. In der letzten Präsidentschaft der damaligen G8 ist es der Kanzlerin gelungen, bei der Frage des Klimaschutzes in Europa, aber auch weltweit einen wichtigen Beitrag zu leisten. In diesem Jahr wollen wir den G7-Vorsitz nutzen, um entscheidende Schritte für die Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen und nachhaltiger Lieferketten weltweit zu tun sowie Fortschritte im Gesundheitsbereich, insbesondere bei der Bekämpfung von Epidemien, wie Ebola, und der Verhinderung von Antibiotikaresistenzen zu erzielen.

(a) in internationalen Verhandlungen

Deutschland sollte sich dieser Aufgabe daher in den entsprechenden Verhandlungen bewusst sein und sein Gewicht einbringen, damit die Frage der Nachhaltigkeit in all diesen Prozessen mitgedacht wird. Im Bereich der Energieeffizienz ebenso bei der Frage der ressourcenschonenden Produktion kann Deutschland dabei eine Vielzahl von Beispielen aufzählen, an denen sich zeigt, dass Wachstum und Ressourcenschonung sich nicht widersprechen.

(b) als Vorbild und Vorreiter

Deutschland sollte sich bewusst sein, dass es mit seinem Konzept der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ein Vorbild ist. Die stabilen wirtschaftlichen Daten, die starke deutsche Wirtschaft, das System der beruflichen Bildung, die Aushandlungsprozesse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gelten weltweit als das Erfolgsgeheimnis Deutschlands. Hier wollen viele von Deutschland im Sinne einer guten Partnerschaft lernen und die Erfolgsprinzipien verstehen. Zugleich ist damit aber auch die Erwartung verbunden, an bestimmten Punkten voranzugehen. Das Beispiel der Energiewende wird hier weltweit angeführt, zugleich aber auch erwartet, dass die Rückwirkungen auf andere beachtet werden. Ebenso hat unsere berufliche Bildung Vorbildcharakter. Ihre Vorteile sollten wir international noch stärker deutlich machen.

2. Dreieck zwischen Außenpolitik, Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik

Deutschland braucht ein umfassendes Verständnis von Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Sicherheit und Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen sich.

Es gibt keine Entwicklung ohne Sicherheit und keine Sicherheit ohne Entwicklung. Eine neue Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sollte die Sicherheit des Individuums – Human Security – und Nachhaltigkeit umfassend einbeziehen und umsetzen. So kann sie zu einer echten Friedenpolitik werden.

Es bedarf der gemeinsamen Erarbeitung der Einsatzmöglichkeit diplomatischer Mittel ebenso wie der Beschäftigung damit, wie sehr an Ordnungsgesichtspunkten orientierte Entwicklungspolitik zur Stabilisierung von Staaten beitragen kann.

Deutschland sollte dabei aber auch klare Forderungen an seine Partner stellen. Diese reichen von der Erfüllung der vereinbarten SDGs über die Einführung eigener Einnahmemöglichkeiten durch Steuer- und Zollerhebungen bis zur Bekämpfung der Korruption und der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit.

3. Wie kann die soziale und ökologische Marktwirtschaft weltweit zur Geltung kommen?
Es ist ebenso eine Herausforderung wie eine Notwendigkeit, weltweites Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, das breitenwirksam ist und innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten verläuft und zugleich zukünftige Lebensgrundlagen sichert. Dafür brauchen wir ein neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand. Unsere soziale und ökologische Marktwirtschaft bietet dafür Ansätze auf der Grundlage eines qualitativen Wachstums, das an den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und zugleich die politischen und sozialen Aushandlungsprozesse als vierte Dimension beinhaltet.

Die Idee des Green and Inclusive Growth versucht diese Grundidee international aufzunehmen. Entscheidend ist die Verbindung von Sozialpartnerschaft und guter Bildung und Ausbildung mit ressourcenschonenden, kreislaufwirtschaftlichen Ansätzen. Nur so können wir eine sowohl ökologisch nachhaltige als auch sozial ausgeglichene, alle einbeziehende Entwicklung sicherstellen.

Hier kann Deutschland über seine vielfältigen Vernetzungen zwischen Wirtschaft, Institutionen, Zivilgesellschaft und der staatlichen Zusammenarbeit sein Know how einbringen, damit dies in anderen Ländern – angepasst an die jeweilige Situation – vor Ort erfolgreich umgesetzt werden kann.

Öko- und Sozialstandards

In einer weltweit vernetzten Wirtschaft, in der die Herkunft sowie die Herstellung von Produkten in einer Vielzahl von Schritten und an einer hohen Zahl von Stellen erfolgt, ist es wichtig, auf die Wertschöpfungsketten zu achten und diese nachhaltig auszugestalten. Hier kann über die Einführung von entsprechend anerkannten und eingeforderten Standards ein wesentlicher Anteil für Nachhaltigkeit erreicht werden.

- (1) Grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards müssen auf allen Stufen der Produktion und in allen Ländern eingehalten werden. Wir setzen uns insbesondere für grundlegende Arbeitssicherheits- und -schutzvorschriften, existenzsichernde Löhne, Koalitionsfreiheit und ein Ende der Zwangsarbeit ein.
- (2) Wir sind davon überzeugt, dass Wirtschaft und Verbraucher, Zivilgesellschaft, Staaten und supranationale Organisationen Verantwortung für eine nachhaltige Produktionsweise auf der gesamten Lieferkette tragen. Weder darf Politik sich aus der Verantwortung stellen, noch dürfen Unternehmen und Verbraucher die Zuständigkeit für die Beachtung ökologischer und sozialer Standards an die Politik delegieren. Nachhaltiger Konsum, soziale Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility) und zivilgesellschaftlicher Einsatz für Menschenrechte und Umwelt sind nicht dekoratives Beiwerk staatlicher Regulierung, sondern sie bilden den Nährboden, auf dem eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik wächst.
- (3) Es gibt eine Reihe internationaler Übereinkommen und Regelwerke mit Blick auf Wirtschaft und Menschenrechte bzw. soziale Standards. Wir wollen diesen institutionellen Rahmen mit Leben füllen – hierzulande ebenso wie in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die entsprechenden Institutionen sollen in die Lage versetzt werden, besser zur Durchsetzung ihrer Normen beizutragen. Wir treten entsprechend der UN-Leitprinzipien für effektive Beschwerde- und Sanktionsmechanismen sowie für Wiedergutmachung für begangene Menschenrechtsverletzungen ein. Und wir wollen die Wirksamkeit der Nationalen Kontaktstellen und das Peer-Review-System der OECD-Leitsätze stärken. Wir begrüßen die Erstellung des „Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte“ durch die Bundesregierung.
- (4) Unternehmen sollen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht („due diligence“) – auch mit Blick auf die gesamte Lieferkette – gerecht werden. Wir begrüßen die vielfältigen CSR-Aktivitäten der Wirtschaft. Unternehmen sollen den ihnen möglichen Beitrag dazu leisten, Transparenz über die ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen herzustellen. Wir treten dafür ein, in die-

sem Sinne die CSR-Richtlinie der Europäischen Union in deutsches Recht umzusetzen.

- (5) Verbraucherinnen und Verbraucher übernehmen zunehmend Verantwortung für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der von ihnen gekauften Produkte. Wir wollen uns dafür einsetzen, dies - wo möglich - durch die Einführung von Siegeln, die für die gesamte Wertschöpfungskette gelten, und eine sinnvolle, hilfreiche Bewertung bestehender Siegel zu unterstützen.
- (6) Würdige Arbeitsbedingungen, sozialer Schutz und Bewahrung der Schöpfung haben ihren Wert und ihren Preis. Daher braucht die Weltwirtschaft einen Ordnungsrahmen, der die Chancen des freien Handels nutzt und zugleich fairen Handel sicherstellt. Wir treten dafür ein, in stärkerem Maße als bisher soziale und ökologische Standards in internationalen Handelsabkommen zu verankern. Die öffentliche Hand soll zudem durch ein nachhaltiges Beschaffungswesen ihren Beitrag dazu leisten, dass grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards auf der gesamten Lieferkette eingehalten werden: Das reicht vom Kaffee, der in Rathäusern ausgeschenkt wird, über Dienstbekleidung für Feuerwehren bis hin zu Natursteinen, die auf öffentlichen Plätzen verbaut werden.
- (7) Unabhängig davon, in welchem Maße man zur Durchsetzung ökologischer und sozialer Standards auf Wirtschaft, Verbraucher oder staatliche Regulierung setzt: Es kommt vor allem auf die Implementierung dieser Standards, auf Transparenz und effektive Kontrollen an. Dazu bedarf es technischer Hilfe, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch der Unterstützung etwa für kleine und mittlere Unternehmen hierzulande, soweit wir von ihnen erwarten, Verantwortung für die Wertschöpfungskette zu übernehmen. Vor dem Hintergrund der Komplexität von Implementierung und Kontrolle in der globalisierten, arbeitsteiligen Wirtschaft halten wir insbesondere Multistakeholder-Ansätze – wie etwa das von Bundesminister Dr. Gerd Müller angestoßene Textil-Bündnis, aber auch das Kakao-Forum – für zielführend.

- (8) Wir unterstützen die Initiative der G7 für einen „Vision Zero Fonds“ zur Verhinderung von Arbeitsunfällen in globalen Lieferketten.
- (9) Wir halten es für richtig, dass die Europäische Kommission eine Initiative zum verantwortungsvollen Umgang mit „Konfliktmineralien“ auf den Weg gebracht hat. Wir möchten verhindern, dass der internationale Handel mit Mineralien Konflikte anheizt oder endlos weiterschwelen lässt. Wir treten für eine effektive Gesetzgebung der EU auf diesem Gebiet ein, die Firmen dazu verpflichtet, ihre Lieferketten zu überprüfen: Dabei sollen all die Bodenschätze einbezogen werden, die weltweit zu Konflikten beitragen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die von der Bundesregierung angestoßenen Rohstoffpartnerschaften, deren Ansatz es ist, die Partnerländer beim Aufbau eigener umfassender Wertschöpfungsketten im jeweiligen Land zu unterstützen. Wir treten für eine Prüfung zur Ausweitung in der Anzahl der Partnerländer ein.

4. Internationaler Klimaschutz

Deutschland hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass Europa weltweit eine Führungsrolle in der Diskussion über den Klimaschutz übernommen hat. Dies hat dazu geführt, dass heute eine Anzahl von Schwellenländern auch ohne entsprechende Zusagen bei den Verhandlungen deutlich weiter vorangeschritten ist, was die Minderung des CO₂-Ausstoßes sowie die entsprechenden Rahmenbedingungen angeht. So sieht Mexiko sich selbst als einen Vorreiter im Klimaschutz bei der Einsparung von CO₂, China führt ein eigenes System der Zertifikate ein und baut die erneuerbaren Energien stark aus. Das System des Emissionshandels als marktwirtschaftliches Instrument ist weltweit auf dem Vormarsch.

Für die Verhandlungen in Paris sollte sich Europa darauf verständigen, seine bisherige Vorreiterrolle auszubauen, da wir über das technische Know how zur Umsetzung verfügen. Deutsche Technologien spielen dabei weltweit bereits eine wichtige Rolle, die wir weiter ausbauen möchten. Neben den Einsparungen sollten die Anpassungsmaß-

nahmen und die dafür erforderlichen Wissenskooperationen in den Blick genommen werden und hier Unterstützung zugesagt werden.

Die bereits vorhandenen Finanzierungsmechanismen könnten dafür aufgestockt werden. Deutschland sollte darüber hinaus prüfen, wie es mit Klima- und Energiepartnerschaften weitere Mitstreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien, beim Einsatz von Energieeffizienztechnologien und beim Wissensaustausch gewinnen kann. In diesen Partnerschaften sollten auch weitergehende Ziele vereinbart werden.

5. Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele – in unserem bilateralen Handeln genauso wie im nationalen Kontext

Wir werden nach Verabschiedung der SDGs überprüfen, an welchen der Ziele wir in Deutschland zu arbeiten haben und zügig einen nationalen Umsetzungsplan im Rahmen der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen. Dabei soll es einen Beteiligungsprozess mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft genauso geben, wie mit Akteuren, die internationale Erfahrung haben und diese in die nationale Debatte einbringen können.

Des Weiteren werden wir in der bilateralen internationalen Zusammenarbeit die vorhandenen Schwerpunkte überprüfen und auf die Erreichung der SDGs ausrichten.

Wir setzen uns auf internationaler Ebene für einen Überprüfungsmechanismus ein und stellen uns einem solchen Monitoring auch in Deutschland.

All diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir das in Deutschland vorhandene Wissen auf allen Ebenen einbeziehen. Es ist wichtig, Austauschformate zu finden zwischen den handelnden Personen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und den vorhandenen staatlichen Institutionen. Hierbei wollen wir auch die Fähigkeiten und das Wissen auf kommunaler Ebene noch mehr in die Arbeit mit einbeziehen, ohne dass es zu einer Überforderung der Kommunen kommt.

Deutschland hat viele Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung, deswegen sollten wir alles dafür tun, dass Nachhaltigkeit zum internationalen Leitmotiv wird.